G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheits- und melde-rechtlicher Vorschriften

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das Thüringer Verfassungsschutzgesetz, das Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz und das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes sind bis zum 31. Dezember 2011 befristet und würden damit zum Jahresende außer Kraft treten. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes, Sicherheitsüberprüfungsverfahren sowie das Verfahren zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses wären dann ungeregelt, so dass die ordnungsgemäße Durchführung von sicherheitsrelevanten Aufgaben nicht mehr möglich wäre.

Auch das Thüringer Meldegesetz würde aufgrund des Artikels 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuregelung des Thüringer Meldegesetzes und zur Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes vom 26. Oktober 2006 (GVBl. S. 525) mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft treten, womit die Grundlage für die Tätigkeit und dauernde Aufgabenwahrnehmung der Meldebehörden entfielen.

B. Lösung

Verlängerung der Geltungsdauer des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes sowie Entfristung des Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetzes, des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes und des Thüringer Meldegesetzes.

C. Alternativen

keine

In Bezug auf die Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des Thüringer Meldegesetzes und zur Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes ist die Beschränkung des Gesetzentwurfs auf eine Entfristung des Thüringer Meldegesetzes zweckmäßig. Der Bund hat nach Artikel 73 Abs. 1 Nr. 3 des Grundgesetzes nach der Föderalismusreform I die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für das Meldewesen. Von dieser wird er in absehbarer Zeit Gebrauch machen. Ein entsprechender Entwurf der Bundesregierung liegt bereits vor (vgl. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Interviews/DE/2011/03/strg_bundesmeldegesetz.html?nn=303936). Angesichts der zu erwartenden Regelung dieser Materie auf Bundesebene ist absehbar, dass die bestehenden landesrechtlichen Regelungen zum Meldewesen in absehbarer Zeit ohnehin

ihre Wirkung verlieren (vgl. Artikel 31 des Grundgesetzes). Vor diesem Hintergrund ist es nicht angezeigt, im Zuge der Entfristung des Gesetzes inhaltliche Änderungen vorzunehmen. Es ist sachgerecht, dass sich der Entwurf auf die Entfristung beschränkt.

D. Kosten

keine

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Innenministerium.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DIE MINISTERPRÄSIDENTIN**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Diezel
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, den 4. Oktober 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zur Änderung sicherheits- und melderech-
tlicher Vorschriften"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen
am 12./13./14. Oktober 2011.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Lieberknecht

Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheits- und melderechtlicher Vorschriften

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes**

In § 22 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes vom 29. Oktober 1991 (GVBl. S. 527), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 245) geändert worden ist, wird die Angabe "2011" durch die Angabe "2012" ersetzt.

Artikel 2**Änderung des
Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetzes**

Das Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 17. März 2003 (GVBl. S. 185), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 245), wird wie folgt geändert:

1. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort "Außerkräftreten" gestrichen.
 - b) Die Worte "und mit Ablauf des 31. Dezember 2011 außer Kraft" werden gestrichen.
2. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 3**Änderung des Thüringer Gesetzes
zur Änderung sicherheits- und
verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften**

Artikel 6 Satz 2 des Thüringer Gesetzes zur Änderung sicherheits- und verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 245) wird aufgehoben.

Artikel 4**Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des
Thüringer Meldegesetzes und zur
Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes**

Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuregelung des Thüringer Meldegesetzes und zur Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes vom 26. Oktober 2006 (GVBl. S. 525) wird aufgehoben.

Artikel 5**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die Befristung von Gesetzen war bisher ein anerkanntes gesetzestechnisches Gestaltungsmittel des Gesetzgebers. Durch eine Befristung sollte gewährleistet werden, dass Gesetze von Zeit zu Zeit auf ihre Sinn- und Zweckhaftigkeit überprüft sowie gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen angepasst werden. Nach der Entscheidung des Kabinetts vom 24. Mai 2011 sind Gesetze und Verordnungen künftig nur noch in Ausnahmefällen, beispielsweise bei bereits absehbarem weiteren Änderungsbedarf, der beim Thüringer Verfassungsschutzgesetz gegeben ist, zu befristen. Der vorliegende Entwurf verlängert deshalb die Geltungsdauer des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes bis zum 31. Dezember 2012.

Das Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz, das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes und das Thüringer Meldegesetz werden entfristet. Den Gesetzen ist gemeinsam, dass sie für Aufgaben auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit stehen. Durch sie werden staatliche Aufgaben und Befugnisse, parlamentarische Kontrolle und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor staatlichem Handeln geregelt. Die Gesetze dienen dem Zweck, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen. Dieser Schutz ist in einer wehrhaften und streitbaren Demokratie erforderlich, um Extremisten bereits im Vorfeld der Strafbarkeit bekämpfen zu können. Dabei ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, Informationen darüber zu sammeln, ob, wer und wie jemand versucht, die obersten Wertprinzipien der Verfassung ganz oder teilweise zu beseitigen. Hierzu bedarf der Verfassungsschutz eines Instrumentariums, das es ihm erlaubt, Befugnisse wahrzunehmen, um dieser verfassungsrechtlich zugewiesenen Aufgabe gerecht zu werden. Die Befugnisse werden ihm jedoch nicht schrankenlos zugestanden, indem seine Tätigkeit durch gesetzliche Kontrollmechanismen - wie insbesondere der Parlamentarischen Kontrollkommission - überwacht wird. Der Thüringer Verfassungsschutz arbeitet mit weiteren Sicherheitsbehörden zusammen, wodurch der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gewährleistet wird.

Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist eine Daueraufgabe, die sich bereits durch die Entscheidung des Grundgesetzes für eine wehrhafte und streitbare Demokratie gestellt hat. Aus diesem Grund ist eine Verlängerung der Geltungsdauer angezeigt. Die erneute Befristung in Artikel 1 ist dem Umstand geschuldet, dass weiterer Änderungsbedarf bereits jetzt absehbar ist, da durch eine Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes landesrechtliche Umsetzungen erforderlich werden.

Die Entfristung des Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (Artikel 2) und des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes (Artikel 3) ist geboten, da es sich um eine Daueraufgabe handelt und die notwendige Rechtssicherheit für das Handeln der beteiligten Stellen gewährleistet bleiben muss.

Auch mit Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Neuregelung des Thüringer Meldegesetzes und zur Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes vom 26. Oktober 2006 (GVBl. S. 525) hatte der Gesetzgeber von der Möglichkeit der Befristung Gebrauch gemacht und das Außerkrafttreten des Thüringer Meldegesetzes zum 31. Dezember 2011 angeordnet.

Zwischenzeitlich sind weitere Entwicklungen im Bereich des Meldewesens vorangeschritten. Mit dem neuen Bundesmeldegesetz, welches das Bundeskabinett am 31. August 2011 beschlossen hat, sollen das Melderecht vereinheitlicht, die Daten der Bürgerinnen und Bürger besser geschützt und die Bürokratiekosten erheblich reduziert werden. Der Bund hat seit der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz für das Meldewesen. Es ist bisher in einem Melderechtsrahmengesetz des Bundes und 16 Meldegesetzen der Länder geregelt.

Vor dem Hintergrund dieser zu erwartenden bundesrechtlichen Neuregelung des Melderechts ist es zweckmäßig, dass für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Bundesrechts das Thüringer Meldegesetz entfristet wird, um für die Gemeinden die notwendige gesetzliche Grundlage für ihre weitere Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Meldewesens vorzuhalten.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1 (Änderung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes)

Diese Norm regelt die weitere Befristung des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes bis zum 31. Dezember 2012.

Zu Artikel 2 (Änderung des Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetzes)

Diese Bestimmung regelt die gänzliche Entfristung des Gesetzes.

Zu Artikel 3 (Änderung des Thüringer Gesetzes zur Änderung sicherheits- und verfassungsschutzrechtlicher Vorschriften)

Diese Bestimmung regelt die gänzliche Entfristung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes.

Zu Artikel 4 (Änderung des Gesetzes zur Neuregelung des Thüringer Meldegesetzes und zur Änderung des Thüringer Personalausweisgesetzes)

Die Entfristung ist notwendig, damit das Thüringer Meldegesetz über den 31. Dezember 2011 hinaus für die Aufgabenwahrnehmung der Gemeinden im Meldewesen zur Verfügung steht.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.